

# **Synode des Evangelischen Kirchenbezirks Sulz a.N. am 14. November 2008 in Oberndorf a.N.**

## **Bericht des Dekans**

Liebe Synodale, sehr geehrte Damen und Herren,

das erste Jahr gemeinsamer Arbeit in der neuen Amtsperiode der Bezirkssynode haben wir nun schon fast hinter uns. Sie haben den Wahlmarathon bei den Sitzungen im Januar und Februar offensichtlich überstanden, ebenso die erste themaaorientierte Synode im Juli.

### **1. Jugendarbeit**

Im Rückblick darauf möchte ich all denen danken, die diese Tagung vorbereitet haben. Die Vertreter aus den verschiedenen Bereichen der Jugendarbeit im Bezirk haben sich mit großem Engagement kreativ daran gemacht, uns einen Einblick in ihre Arbeit und ihre Anliegen zu geben. Die Größe des Engagements konnten wir auch an der Größe des Zeitbedarfs ablesen, der damit verbunden war. Wir alle konnten jedenfalls unvergessliche Eindrücke und weiterführende Anregungen mitnehmen. Dazu gehört insbesondere die Fragestellung, wie wir die Jugendarbeit aus den Schranken der Gemeindegrenzen herausführen und mehr Zusammenarbeit im Nahbereich ermöglichen können. Unser Bezirksjugendwerk hat sich inzwischen an diese Aufgabe herangemacht. So ist z.B. geplant, dass die Jugendreferenten künftig stärker in den einzelnen Gemeinden präsent sein werden und sich nicht auf die Durchführung von Eventveranstaltungen, Schulungen und Freizeiten auf Bezirksebene beschränken.

Dankbar bin ich in diesem Zusammenhang besonders für den Beschluss, die zweite Jugendreferentenstelle nicht zu reduzieren und dafür anderweitig nach finanziellen Ressourcen zu suchen. Ohne eine volle zweite Jugendreferentenstelle wäre es nicht möglich, auch vor Ort in den Gruppen und Kreisen reihum mit dabei zu sein.

Dankbar bin ich in diesem Zusammenhang auch für die zahlreichen Spenden, die anlässlich des Empfangs zu meinem 60. Geburtstag zur Finanzierung dieser Stelle eingegangen sind. Es kamen erstaunliche 1.535 € zusammen. Herzlichen Dank allen, die dazu beigetragen haben!

### **2. Finanzen**

Wenn gerade das Stichwort Finanzen gefallen ist: Die Beratung des Haushaltsplans hat es deutlich gemacht, wir haben keinen Grund zum Klagen! Für die entscheidenden Aufgaben in Kirche und Gemeinden stehen ausreichend Finanzmittel zur Verfügung. Mit der neuen Struktur des Haushaltsplanes im Plan für die Kirchliche Arbeit haben die KGR e ab sofort bewusster als bisher die Chance, für die Arbeit vor Ort zielorientierte Schwerpunkte zu setzen. Andererseits müssen wir uns aber auch bewusst machen, dass die anrollende wirtschaftliche Rezession in weiterer Zukunft wieder den Verlust von Arbeitsplätzen mit sich bringen wird. Das bedeutet dann auch wieder geringere Steuereinnahmen. Andererseits lassen die aktuellen Forderungen der Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst erwarten, dass die Personalkosten erneut weiter stark steigen werden.

Wir kommen deshalb nicht umhin, verstärkt nach weiteren Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen. Der vor zwei Jahren eingeführte freiwillige Gemeindebeitrag hat in den meisten Gemeinden zu guten Erfahrungen geführt. Das ermutigt dazu, zur Finanzierung neuer und unumgänglicher Projekte auch mehr auf Sponsoring zu setzen und sich aus der reinen Bedarfsorientierung zu verabschieden. Hilfreich ist es, wenn auch zunächst außergewöhnlich oder gar abwegig wirkende Ideen nicht sofort verworfen werden, sondern man offen ist, aus der Beschränkung der alten Gleise herauszutreten und Neues zu wagen.

### **3. Bildungsarbeit**

Für das nächste Jahr zeichnet sich inzwischen ab, dass wir bei der Tagung der Sommersynode das Thema „Bildung“ aufgreifen. Der Arbeitskreis des Bildungswerkes ist schon mit der Planung

beschäftigt. Bildung hat viele Gesichter und sicher nicht nur mit Schule, Universität oder Volkshochschule zu tun. Gerade als Kirche sind wir gesamtgesellschaftlich in Pflicht genommen, hat doch die Weitergabe des Evangeliums elementar mit Bildung zu tun. Schon der Missionsbefehl Jesu enthält das entscheidende Stichwort „*Lehret* sie halten alles, was ich euch befohlen habe“.

Auch der kirchliche Bildungsauftrag hat viele Gesichter und ganz verschiedene Schauplätze. So hat z.B. auch der Baustein Gottesdienst im neuen Haushaltswesen mit Bildung zu tun, wenn es um das Unterziel „Evangelisches Glaubenswissen“ geht. Aber Bildung beinhaltet nicht nur Wissen. Es geht um die Befähigung zur Lebenstüchtigkeit im umfassenden Sinn. Dazu gehört auch der Glaube. Dazu gehört die Vermittlung von Erfahrungen und Einsichten, von Traditionen und Ritualen und die entsprechende Reflexion in der persönlichen Aneignung. Bildung in derart grundsätzlichem Sinn kann man deshalb als Hilfe zum Leben verstehen. Insofern berührt sich der Bildungsauftrag mit dem diakonischen Auftrag.

Im kirchlichen Kontext wird dies am deutlichsten in der Kindergartenarbeit. Der Evang. Landesverband für Kindertagesstätten ist von jeher Teil des Diakonischen Werkes. Die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher beschränkt sich aber nicht auf Betreuung. Ihre erzieherische Tätigkeit ist heute überwiegend Bildungsarbeit. Dies wird inzwischen auch ausdrücklich vom Staat gefördert und mit dem vor zwei Jahren eingeführten Orientierungsplan gefordert. Seither sind die Erzieherinnen und Erzieher dabei, in einer umfangreichen Reihe von Fortbildungsveranstaltungen sich auf diese erweiterten Ziele und Konzepte einzustellen. Als kirchliche Träger von Kindergärten sind wir über unsere Fachberaterin, Frau Christine Laugwitz, dabei, entsprechende Seminare zu organisieren oder zu vermitteln. Für uns bedauerlicherweise, für sie selbst höchst erfreulich, hat Frau Laugwitz die Chance wahrgenommen, ihre Traumstelle als Referendarin an einer Fachschule für Sozialpädagogik zu erhalten. Deshalb wird sie uns zum Jahresende schon wieder verlassen. In der kurzen Zeit seit Februar dieses Jahres hat sie sich rasch eingearbeitet und die Beratungsarbeit für Kindergartenträger wie für das Fachpersonal fachkundig, kompetent und zielstrebig angepackt. Wir wünschen ihr für ihren weiteren Weg weiterhin viel Erfolg und Gottes Segen, dass ihre neue Stelle sich wirklich als Traumstelle bewahrheitet. Unsererseits müssen wir angesichts der dringenden Aufgaben in der Beratungsarbeit und der Organisation der OP-Fortbildung die Stelle umgehend ausschreiben und neu besetzen.

Die drängenden Aufgaben hängen auch mit der politischen Umgestaltung unserer Bildungslandschaft zusammen. Nach dem Willen des Gesetzgebers müssen bis 2013 für ein Drittel der Kinder unter drei Jahren Krippenplätze zur Verfügung stehen. Die Ausbauprogramme dazu sind angelaufen. Auch im kirchlichen Bereich werden entsprechende Projekte gefördert. Die ersten Kindergartenträger in unserem Bezirk haben schon den Antrag dazu gestellt. Die Finanzierungsfrage bringt für die Kommunen neue hohe Belastungen mit sich. Die großen Kommunen gehen davon aus, dass die nötige Zahl an Krippenplätzen schon bis 2011 eingerichtet sei. Die kleineren, finanzschwachen dagegen tun sich schwerer und zögern noch, zumal der Bedarf im ländlichen Raum sich im Unterschied zu den städtischen Zentren sicher anders darstellt.

Unabhängig davon haben wir als Kirche hier jedoch genauso wie bei der bisherigen Kindergartenarbeit eine gesellschaftliche Mitverantwortung. Dabei darf das Angebot von Krippenplätzen keinesfalls vorrangig etwa von der Frage geleitet sein, ob die bisherigen Kindergartenplätze durch Umwandlung in Krippenplätze erhalten und die Finanzierung des Betriebs damit sichergestellt werden kann. Die Betreuung unter Dreijähriger erfordert deutlich erweiterte und andersartige Kompetenzen und lässt sich mit der vertrauten Erziehertätigkeit im klassischen Kindergarten kaum vergleichen. Auch die baulichen Gegebenheiten einer Einrichtung müssen entsprechend angepasst werden.

Wenn Kirchengemeinden als bisherige Kindergartenträger im Angebot von Krippenplätzen neu ihre Aufgabe sehen, müssen entsprechende Konzepte baldmöglichst mit der Verwaltungsstelle und den Kommunen einerseits und andererseits mit der Fachberatung bzw. dem Landesverband abgesprochen werden. Wie schon bisher bei der Finanzierung der Kindergärten sind auch hier bei den Kommunen jedoch ganz unterschiedliche Interessenlagen zu erwarten. Die Aufgabe wird nicht einfach sein. Aber die Chance, jungen Müttern und Vätern, die ihr Kind in Tagesbetreuung zu geben genötigt sind und ihren Kindern damit im Rahmen des gesamtkirchlichen Auftrags zum Leben zu helfen, ist nicht gering zu schätzen. Deshalb begrüße ich es, wenn Kirchengemeinden auch in unserem Bezirk sich auf das neue Parkett wagen.

Gesellschaftliche Änderungen in der Bildungslandschaft finden sich nicht nur bei den ganz Kleinen. Im Schulbereich haben die PISA-Studien schon länger zu einschneidenden Korrekturen geführt. Ob die Maßnahmen die gewünschte Wirkung bringen, bleibt noch abzuwarten.

Unübersehbar jedoch ist die damit verbundene wachsende Omnipräsenz der Schule. Ohne Einbeziehung der Nachmittage kann die zeitliche Anforderung des Bildungsbedarfs nicht mehr bewältigt werden. Zunehmend mehr Schulen sehen sich genötigt, Ganztagsunterricht einzuführen. Für die Kirchengemeinden hat das eine doppelte Auswirkung: Die Angebote in der Jugendarbeit können immer weniger an den Nachmittagen durchgeführt werden. Der Schulstress ist immer stärker als Beeinträchtigung zu erfahren. Andererseits kann der Mittwochnachmittag für den traditionellen Konfirmandenunterricht nicht mehr grundsätzlich freigehalten werden. Ein Erlass des Kultusministeriums sieht vor, dass der Mittwochnachmittag nur noch während des 8. Schuljahrs freizuhalten sei. Für den KU hat das zur Folge, dass die Konfirmanden, die zu Beginn des Unterrichts nach Ostern oder nach Pfingsten noch die 7. Klasse besuchen, daran gehindert sind – wenn die Schulleitung nicht Entgegenkommen zeigt. Alternativen zeigen sich bisher darin, dass der KU – wie schon in manchen Gemeinden bisher modellhaft praktiziert – auf die Samstag verlegt und/oder als Blockunterricht gestaltet wird. Eine andere Möglichkeit wäre, den KU ganz in die Zeit des 8. Schuljahrs zu verlegen mit der Konsequenz, auch den Konfirmationstermin auf das Ende des Schuljahrs vor den Sommerferien zu legen. Genau dies war ja auch ursprünglich der Grund für den klassischen Konfirmationstermin im März, weil das Schuljahr bis 1966 mit Ostern endete und die Schüler am Ende ihrer Schulzeit damit auch ins Leben entlassen wurden – abgesehen vom zeitlichen Zusammenhang mit der früher auch in den Städten präsenten Landwirtschaft. Ob es zu einer solchen generellen Änderung kommen wird, ist jedoch Sache der Landessynode. Vor Ort müssen wir uns derweil so gut es geht flexibel zeigen. Und erste Aufgabe kann immer nur sein, den jungen Menschen nachzugehen, sie zu begleiten und sie für das Leben – hoffentlich als Christenmenschen – zu befähigen, und das geht nicht auf im Ändern von Strukturen.

#### **4. Mission**

Vor zwei Monaten fand zum dritten Mal in den letzten Jahren ein Bezirksmissionsnachmittag in neuer Gestalt statt. Unter dem Thema „Mission belebt!“ ließen sich rund dreihundert Menschen in die Heimbachhalle in Betzweiler einladen. Die neue Konzeption dieser Bezirksveranstaltung bietet einerseits ein ansprechendes Impulsreferat und stellt andererseits besonders junge Leute heraus, die in Kurzzeiteinsätzen Erfahrungen und Eindrücke im Ausland sammelten und darüber berichten. Daneben sind unterschiedliche Missionswerke mit Informationsständen vertreten.

Das große Interesse und erfreuliche Echo, das dieser Nachmittag in den letzten drei Jahren fand, hängt sicher nicht nur damit zusammen, dass einige wenige Gemeinden im Bezirk das Thema Mission in ihrer eigenen Arbeit groß schreiben. Das Spektrum der Teilnehmer geht deutlich über diesen Bereich hinaus. Ziel ist es, die Verantwortung für Mission im Sinne der Weitergabe des Glaubens in Wort und Tat in unserem eigenen Umfeld genauso wie in weit abgelegenen Gebieten dieser Welt, in unseren Gemeinden wieder mehr bewusst zu machen. Mission ist eine Überlebensfrage der christlichen Kirche. Wir haben mehr zu bieten als vergängliche, austauschbare Lebenskonzepte.

Dieses Anliegen haben sich die Mitglieder des Bezirksarbeitskreises Mission auf die Fahnen geschrieben. Eingeladen dazu sind die Missionsverantwortlichen aus den Gemeinden. Dazu gehört auch das Anliegen, den alten Graben zwischen „liberal“ und „evangelikal“, zwischen „Kirchenapparat“ und „Freiem Werk“ zu überwinden und für eine Vielfalt an Missionsformen offen zu sein. Das zeigt sich dann auch an der Zusammensetzung der Vertreter der Missionswerke, die beim Bezirksnachmittag anwesend sind. Wünschenswert wäre freilich, dass dieses Angebot noch stärker in den Gemeinden bekannt gemacht wird. In der Praxis erfahren viele der sonst in den Gemeinden engagierten Gemeindeglieder nicht, dass es den Bezirksmissionsnachmittag und damit eine anregende Horizonterweiterung gibt.

## **5. Diakonie**

Am vergangenen Mittwoch konnte erstmals im Bezirk eine Begegnung zwischen den Vertretern der Einrichtungsdiakonie und den Diakoniebeauftragten der Kirchengemeinden stattfinden. Annähernd vierzig Frauen und Männer fanden sich im Bürgersaal des Sulzer Rathauses zusammen. Dorthin hatte die Sulzer Sozialstation, die wie die Sozialstation Oberndorf und die Diakoniestation Dornhan ebenfalls zum AK diakonischer Einrichtungen im KB Sulz gehört, eingeladen. Ein Impulsreferat unseres Bezirksdiakoniepfarrers Thomas Elser zum Grundverständnis von Diakonie und die Vorstellung der verschiedenen Einrichtungen führten zu einem regen Austausch untereinander und dem Wunsch, im Frühjahr sich erneut zu treffen und noch mehr Raum zum Gespräch und Kennenlernen zu geben. Ziel ist, die scharfe Differenz zwischen Einrichtungsdiakonie und Gemeindediakonie zu überwinden und das Anliegen von Diakonie in den Gemeinden wieder mehr bewusst zu machen. Angesichts einer wachsenden Zahl bedürftiger Menschen in unserer Gesellschaft – auch und gerade in unseren Dörfern und Städten im ländlichen Raum, macht es dringend, dass wir gemeinsam neue Wege finden, um der Not aus christlicher Verantwortung zu begegnen.

Auch die Hospizarbeit gehört zu dieser Herausforderung. In Spaichingen soll – ergänzend zu den bestehenden örtlichen Hospizgruppen – für die gesamte Region Schwarzwald-Baar-Heuberg ein stationäres Hospiz in Trägerschaft des Landkreises Tuttlingen und in Zusammenarbeit mit der Vinzenz-von-Paul-Stiftung entstehen. Neben der noch zu bewältigenden Frage der Finanzierung geht es dabei vor allem um eine große Zahl ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ohne die der Betrieb nicht laufen könnte. Auch hierin äußert sich Diakonie als gelebter Glaube. Ich möchte an dieser Stelle dazu ermutigen, sich der Herausforderung der Hospizarbeit als Alternative zur gesellschaftlich immer akzeptabler werdenden Sterbehilfe zu stellen.

Herzlich danken möchte ich an dieser Stelle auch nochmals den Mitgliedern des Arbeitskreises diakonischer Einrichtungen, die im letzten Jahr die Sommersynode gestaltet und uns ihr Anliegen sichtbar und beeindruckend nahe gebracht haben.

## **6. Öffentlichkeitsarbeit**

Der Arbeitskreis Ökumene im Landkreis Rottweil, bestehend aus Vertretern des evangelischen Dekanats Sulz und des katholischen Dekanats Rottweil, hat sich in den letzten beiden Jahren intensiv bemüht, das gemeinsame kirchliche Anliegen stärker in die Öffentlichkeit zu bringen. Die Veränderung und Verschiebung elementarer Grundwerte macht es nötig, dass die Kirchen gemeinsam Profil zeigen. Dazu wurde ein ansprechendes Konzept für eine regelmäßige Kolumne im Schwarzwälder Boten entworfen. Abwechselnd zwischen namhaften katholischen und evangelischen Autoren sollte Woche für Woche eine Kolumne verfasst werden, in der Grundfragen der Gegenwart oder zeitnahe kirchliche Anlässe aktuell, interessant und abwechslungsreich angesprochen werden. Der für den Landkreis Rottweil zuständige Redakteur war von dem Konzept beeindruckt, benötigte zur Übernahme jedoch die Genehmigung der Chefredaktion. Nach wochenlangem Warten war dann schließlich klar, dass der SchwaBo sich damit nicht anfreunden wollte. Die Begründung, dass dann auch die Parteien, Gewerkschaften und Vereine kämen und eine Plattform wollten, zeigt, wie wenig Verständnis und Offenheit für die Eigenart und das Anliegen der Kirche sich in der Zentrale der Zeitung findet, die in unserem Raum weithin eine Monopolstellung einnimmt und diese auch deutlich ausnutzt. Vielleicht können Proteste in der weiteren Zukunft noch etwas erreichen. Ganz aufgegeben ist das Projekt noch nicht. Danken möchte ich an dieser Stelle auch denjenigen unter Ihnen, die sich als Autoren für dieses Projekt zur Verfügung gestellt haben.

## **7. Prädikantenarbeit**

Seit 1. November heißen die bisherigen Lektoren in unserer Landeskirche nun Prädikanten. Ich freue mich, dass die Bemühungen der letzten Jahre dazu geführt haben, dass die Zahl der Männer und Frauen in unserem Bezirk, die sich zur Vertretung im Predigtgottesdienst ausbilden ließen und einsetzen lassen, dem Bedarf entsprechend deutlich erhöht werden konnte. Rund 30 Prädikantinnen und Prädikanten tun Monat für Monat diesen Dienst. Manche stehen sogar mehr als einmal im Monat auf der Kanzel. Dankbar bin ich auch dafür, dass ihr Dienst in unseren Gemeinden i.d.R. gerne angenommen wird. Ihre Arbeit stand in der Bezirkssynode vor einem Jahr im Mittelpunkt.

Deshalb will ich dies hier nur kurz erwähnen und darauf hinweisen, dass am morgigen Nachmittag in Marschalkenzimmern ein Bezirksprädikantennachmittag durchgeführt wird. Rund dreißig Männer und Frauen aus unserer Prädikantenarbeit wagen sich hier an das Thema „Predigt alttestamentlicher Texte am Beispiel von Jesaja 5,1-7; ein Klagegedicht, das um eine Strophe verlängert wurde“.

Viele Jahre hat Wolfgang Heinzelmann als Bezirkslektorensprecher den Kontakt zwischen den Lektorinnen und Lektoren und dem Dekanatamt verstärkt und ihre Interessen vertreten. Nun hat er sein Amt wegen beruflicher Beanspruchung abgegeben. Morgen soll aus den Reihen der Prädikanten ein neuer Prädikantensprecher gewählt werden. An dieser Stelle möchte Wolfgang Heinzelmann für seinen jahrelangen Einsatz ganz herzlich danken.

## **8. Einstufung von Pfarrstellen**

Sechs Gemeinden aus unserem Bezirk wurden Anfang Oktober durch ein Schreiben aus dem Kirchenbezirk Blaubeuren darüber informiert, dass ihre Pfarrstelle zurückgestuft werden soll. Betroffen sind die Pfarrstellen Betzweiler-Wälder, Dettingen, Mühlen, Mühlheim, Röttenberg und Trichtingen. Entgegen der Unterstellung des Informationsschreibens, es handle sich um eine geheime Aktion, geht es um den Versuch des OKR, bei der durch die Umsetzung des Pfarrplans zustande gekommenen neuen Struktur vieler Pfarrstellen im Land offensichtliche Ungerechtigkeiten auszugleichen.

Einige Gemeinden haben sich daraufhin mit Protestschreiben an den OKR gewandt und eine i.d.R. gleichlautende Antwort erhalten.

Ich zitiere aus einem Schreiben des OKR vom 11. Oktober:

### *1. Hintergrund:*

*Im Zuge der nun zweifachen PfarrPlan-Erfahrungen ist deutlich geworden, dass die bestehenden Kriterien zur Einstufung von Gemeindepfarrstellen nach den Pfarrbesoldungsgruppen P 1 und P 2 zu deutlichen Ungerechtigkeiten führen. Die Kriterien finden Sie in § 1 Ausführungsverordnung zum Pfarrbesoldungsgesetz (harter Schnitt zwischen P 1 und P 2 bei 1499 bzw. 1500 Gemeindegliedern, bei Filial- bzw. Doppeldienst und Verwaltung bei 1199 bzw. 1200 Gemeindegliedern). Als problematisch sehen wir:*

*- Pfarrstellen mit eingeschränktem Dienstauftrag werden trotz teilweise anspruchsvoller Dienstaufträge fast ausschließlich nach P 1 eingestuft (z. B. auch eine 50 % Pfarrstelle mit einem Seelsorgebezirk von 1499 Gemeindegliedern!);*

*- prozentual ausgewiesene Sonderaufträge im Nebenamt werden nicht berücksichtigt;  
- Kumulierung von RU oder eine andere Verschiebung zwischen Dienstaufträgen (z. B. Übernahme der Geschäftsführung in einer benachbarten Kirchengemeinde u. ä.) wirken sich nicht auf die Einstufung der Pfarrstelle aus.*

### *2. Inhalt*

*Der Oberkirchenrat hat in verschiedenen Diskussionsrunden mit Personen, die die Perspektive und Mitverantwortung für einen größeren Bereich als den einer einzelnen Kirchengemeinde oder eines Distrikts folgenden Vorschlag zur Änderung der Kriterien zur Einstufung von Pfarrstellen diskutiert und entwickelt: In einem Punktesystem sollen die Stellenmerkmale "Anzahl der Gemeindeglieder", "Geschäftsführung der Kirchengemeinde", "Religionsunterricht", "Sonderauftrag im Nebenamt" und "Einschränkung des Dienstauftrags" gewichtet werden. Die ersten drei Kriterien entsprechen weitgehend den PfarrPlan-Kriterien, über die in einem großen landeskirchenweiten Konsultationsprozess Konsens erzielt worden ist. Die letzten beiden Kriterien nehmen Entwicklungen auf und ernst, die vermehrt im Zuge der Erstellung der bezirklichen Stellenverteilungskonzepte, z. T. unter großen Mühen für alle Beteiligten, entstanden sind.*

*Leitende Gesichtspunkte für eine Änderung sind:*

*"Gerechter, aber nicht komplizierter!" / "Keine Mehrkosten, aber auch kein Sparkonzept!" / "'Harte'*

*Merkmale, die im Oberkirchenrat ohnehin gepflegt werden, aber dennoch ausreichend differenzierend!"*

So sehr ich diesen Argumenten folgen kann und sie auch bejahe, so sehr sehe ich speziell im Blick auf den ländlichen Raum, zu dem unser Bezirk gehört, eine fehlende Berücksichtigung. Wenn man die einzelnen Pfarrstellen, die zurückgestuft werden sollen, auf einer Landkarte markiert und ihnen die höherzustufenden Stellen gegenüberstellt, ist es sehr auffällig, wie vor allem Stellen im städtischen Ballungsraum bevorzugt, entsprechend Stellen im ländlichen Raum benachteiligt werden. Sollte dieser Trend sich durchsetzen, führte dies dazu, dass in der weiteren Zukunft Pfarrstellen im ländlichen Raum weniger gut besetzt werden. Vor allem die hohe Zahl an Stellen, deren Inhaber für mehrere Orte zuständig und mehr als eine Predigtstelle zu versehen haben, führt dazu, dass diese unter den Pfarramtsbewerbern entsprechend weniger gefragt sind, weil damit natürlich mehr Mühe verbunden ist. Diese Perspektive ist in der Argumentation des OKR bisher nicht berücksichtigt und hat auch als Argument in einzelnen Protestbriefen aus unseren KGRen keine Antwort gefunden. Hier müssen wir uns weiter einsetzen, wie es auch der Kirchengemeindegtag tut. Der ländliche Raum darf nicht wie im Schulsektor zu einem „Sibirien“ werden. Der politische Strukturwandel vergangener Jahre und Jahrzehnte hat schon mehr als genug dazu geführt, dass die Dörfer vernachlässigt und auch verlassen werden. Dem dürfen wir als Kirche nicht auch noch Vorschub leisten.

*Dekan Claus-Dieter Stoll*